

Anton Pelinka, Karin Bischof, Walter  
Fend, Karin Stögner, Thomas Köhler (Hg.)

*nap*  
new academic press

# Geschichtsbuch Mitteleuropa

Vom Fin de Siècle  
bis zur Gegenwart



# **Geschichtsbuch Mitteleuropa**

Vom Fin de Siècle bis zur Gegenwart

Anton Pelinka, Karin Bischof,  
Walter Fend, Karin Stögner, Thomas Köhler (Hg.)

# **Geschichtsbuch Mitteleuropa**

Vom Fin de Siècle bis zur Gegenwart

**Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.de> abrufbar.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages oder der Autoren/Autorinnen reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

© 2016 by new academic press, Wien  
[www.newacademicpress.at](http://www.newacademicpress.at)

ISBN: 978-3-7003-1951-1

Satz: Peter Sachartschenko  
Druck: CPI buch bücher.de

## **Inhalt**

### **Geleit**

Erhard Busek . . . . .7

### **Vorwort**

Thomas Köhler . . . . .9

Anton Pelinka

**Mitteleuropa – eine mögliche Renaissance innerhalb Europas?** . . . . .11

**Einleitung** . . . . .16

### **Vergleichende Studien**

Anton Pelinka

**Fin de Siècle. Mitteleuropa vor und während  
des Ersten Weltkrieges** . . . . .27

Karin Stögner

**Narrative des Nationalen in Mittel- und Osteuropa in der  
Zwischenkriegszeit** . . . . .42

Walter J. Fend

**Vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zum Beginn der „Wende“** . . . . .62

Karin Bischof

**Die Periode bis zur Gegenwart** . . . . .91

Dieter J. Hecht, Louise Hecht, Eleonore Lappin-Eppel

**Das jüdische Erbe Mitteleuropas** . . . . .106

Thomas Köhler, Christian Mertens

**Die Probe. Wien als historischer Genius loci  
gelebter und erlebter Migration in Mitteleuropa.** . . . . .142

**Länderstudien**

Muriel Blaive

**National Narratives of Czech identity. From the 19<sup>th</sup> Century to the Present . . . . .** 161

Dušan Kováč

**Die Slowakei – Nationalgeschichte und nationales Bewusstsein . . . . .** 190

Gábor Gyáni

**Cultic and Ironic Visions of Hungary's History. . . . .** 229

Peter Vodopivec

**Slovene National Narrative in the 20<sup>th</sup> Century . . . . .** 257

Magdalena Najbar-Agičić, Damir Agičić

**National narratives in Croatia . . . . .** 287

Bogdan Musial

**Die nationale Narration und ihre Entwicklung sowie die Entfaltung der europäischen Idee im Polen des 20. Jahrhunderts . . . . .** 315

Heidemarie Uhl

**Das österreichische Gedächtnis und seine Transformationen. Verhandlungen um die historische Identität im Spannungsfeld von nationalen und europäischen Tendenzen . . . . .** 358

Autorinnen und Autoren . . . . . 395

---

Erhard Busek

## Geleit

Geschichtsbücher zu schreiben ist notwendig, aber auch gleichzeitig sehr gefährlich. Eine Review dessen, was an solchen Werken spätestens seit dem Entstehen des Nationalstaates entstanden ist, zeigt deutlich auf, wie schwierig es ist, eine halbwegs umfassende, aber auch gerechte Geschichtsdarstellung zu bieten. Im Gegenteil: Manche politischen Bewegungen haben davon gelebt, die Geschichte in ihrem Sinn umzuschreiben und entweder durch Interpretationen oder wenigstens durch Weglassungen einseitige Bilder entstehen zu lassen. Wer etwa heute die in Verwendung stehenden Geschichtsbücher in Südosteuropa durchsieht, wird eine Grottenbahn unterschiedlicher Auffassungen zu denselben Themen erleben.

Als einer, der damit befasst ist, wenigstens die Information über die uns alle berührenden Ereignisse besser zu gestalten, kann ich diese Publikation nur sehr begrüßen. Gerade die gegenwärtige Zeit, die infolge der Krisenerscheinungen einen neuerlichen nationalen Egoismus im Entstehen erlebt, macht es notwendig, solche steten Versuche zu unternehmen und vielfältige Zugänge zu einer Reihe von Problemen zu entwickeln. Das verlangt nicht nur das trotz aller Schwierigkeiten entstehende Europa, sondern auch die politische Verantwortung, insbesondere in Fragen der Information der jungen Generation.

Mit dem Buch ist ein Versuch unternommen, zu einem ausgewogenen Verständnis beizutragen und gleichzeitig die Verpflichtung zu definieren, die wir im Hinblick auf die Geschichte haben. Ingeborg Bachmann hat einmal festgestellt, dass uns die Geschichte ein Lehrmeister ist, sie aber keine Schüler findet. Gerade Mitteleuropa braucht aber diese Auseinandersetzung, denn es ist nicht nur eine Region der Vielfalt, sondern auch der Konflikte und Konfrontationen mit blutigen Kriegshandlungen auch zum Ende des 20. Jahrhunderts. Inwieweit die Flüchtlingsbewegungen der letzten Zeit hier noch verschärfend auftreten werden, lässt sich gegenwärtig noch nicht abschätzen, ist aber erst recht ein Grund, diesen Hinweis auf die historischen Wurzeln zu machen.

Den Projektleitern Anton Pelinka und Thomas Köhler, den Autoren und Betreibern dieses Projektes ist von Herzen zu danken, dass sie das unternommen haben, denn die Frage des historischen Verständnisses verlangt eine permanente Auseinandersetzung mit jeweils auch neu bekannt werdenden Aspekten. Dem

Geschichtsbuch Mitteleuropa darf ich viel Erfolg wünschen, vor allem im Sinne Mitteleuropas, nämlich das Miteinander besser zu ermöglichen, denn nur so können wir den immer wieder ersehnten Frieden entwickeln und unterstützen.

Thomas Köhler

## Vorwort

*„Den Zukunftsträumern haben wir ein Bewusstsein der Vergangenheit entgegenzusetzen. Der Historiker, der die Vergangenheit erfassen will, ohne Opfer von Legenden zu werden, muss sie betrachten, als ob sie Gegenwart wäre, und um sich vor dem Subjektivismus zu bewahren, muss er die Gegenwart betrachten, als ob sie bereits Vergangenheit wäre. Die Seienden haben eine [...] paranoide Beziehung zur Zeit. Man wird Historiker nur um den Preis einer Befreiung von diesem Wahn.“ (Manès Sperber)*

„Geschichte“ – „Buch“ – „Mitte“ – „Europa“. Jeder dieser vier Begriffe wäre an sich Grund genug für ein eigenes Werk. Die Ambition des Sammelbands „Geschichtsbuch Mitteleuropa“ hängt indessen mit *allen* genannten Strängen zusammen: Es ist ein bewusst analoges (und nicht digitales) Werk, welches seinen Fokus auf eine Achse inmitten des Kontinents legt, die aktuell wieder viel mehr Beachtung und Bedeutung als früher erlangt. Denn ihre Drehung manchmal schneller, manchmal langsamer in die eine oder andere Richtung gibt, scheint es, das Bild oder Abbild einer Einheit in Vielfalt Europas in dessen Chancen und Risiken wieder.

Was ist Geschichte angesichts der vom Fin de Siècle bis zur Gegenwart immer wieder erfolgten Wenden in Zeit und Raum gerade im Zentrum des Kontinents? Vergleichen wir mit dem „Geleit“ von Erhard Busek, der die Idee zu einem Geschichtsbuch über Mitteleuropa als einer der Ersten überhaupt hatte, so war und ist die Ambition dieses Buches, leider nach wie vor bestehenden nationalen bis nationalistischen Narrativen eine inter- oder supranationale Historiografie wenn nicht entgegen-, so doch gegenüberzustellen. Dass dabei ein Polyhistor wie Anton Pelinka als erster Herausgeber fungiert, gründet sozusagen in „Genesis“ und „Exodus“ seiner Forschung selbst, die von Österreich und Ungarn bis nach Amerika weist.

Muss Geschichte Traditionen von Ethnien weiter trennen oder kann sie sie wieder verbinden; muss sie sie weiter vereinzeln oder kann sie sie wieder bündeln; muss sie sie weiter beschränken oder kann sie sie wieder entgrenzen? Während eines Austausches junger Menschen aus Schulen und Hochschulen in Wien und Krakau rund um die Jahrtausendwende tauchten Fragen wie diese

zentral auf und wir Teilnehmer beantworteten sie mit der Rede – und nicht einem Gerede – von „souveränen Staaten“ und „verwandten Nationen“. Würden wir heute andere Worte dafür finden?

Von 1900 samt den Jahren davor – über die mit Systembrüchen verbundenen Jahre 1918 und 1945, 1968 oder 1989 – bis zu 2000 samt den Jahren danach stellt sich das Thema, wie und wo sich das Eine im Vielen sucht und findet, jedenfalls immer wieder anders, sei es im regionalen und nationalen oder im mittel- und gesamteuropäischen Kontext! Es ist eine spezielle Historie gerade des Herzens Europas, welche uns hier und jetzt – vergleichen wir die aktuelle Konfrontation durch Migration mit dem jeweiligen staatlichen Umgang – abermals Ursache und Anlass bietet, nach den Motiven dessen zu forschen, was uns eint und trennt. Dabei stets kritisch und kreativ hinterfragend, was einem niederen Zweck oder höheren Sinn dient: vor den Phänomenen und Perspektiven einer Geschichte, die sich – ganz „magistra vitae“ – nicht nur der Vergangenheit oder Gegenwart, sondern auch der Zukunft widmet. *Was kommt, was geht, was bleibt* – ist weniger Frage denn Antwort!

In Summe: Für meine für Erinnerungskultur und Geschichtspolitik zuständige Einheit war es eine enorme Ehre, dieses Projekt namens des BMWFW initiiert und begleitet zu haben. Allen Kolleginnen und Kollegen, die am Werden strategischen oder operativen Anteil haben, wird großer Dank geschuldet. Das Werk möge gebührenden Nachhall haben: ganz im Zeichen Václav Havels, wohl einem der größten Europäer überhaupt, wonach Hoffnung nicht die Überzeugung des Gelingens, sondern die Gewissheit des sinnvollen Versuchs ist, unabhängig von Erfolg oder Misserfolg.

---

Anton Pelinka

## **Mitteuropa – eine mögliche Renaissance innerhalb Europas?**

Das Buch ist das Ergebnis eines Projektes, das einzelne nationale Narrative der Staaten Zentral- oder Mitteleuropas einander vergleichend gegenüberstellen wollte. Anknüpfungspunkte waren die Wiederkehr des hundertsten Jahrestages von Sarajevo, der Beginn des Ersten Weltkriegs und der damit eingeleitete Zerfall Österreich-Ungarns – eine aus vielen Gründen nicht genützte Chance einer demokratischen Ordnung dieses Raumes.

Ein Team des Instituts für Konfliktforschung hat die Überarbeitung und Erweiterung der 2012 fertiggestellten Beiträge betreut und so die Herausgabe des Projektberichtes in Buchform ermöglicht. Karin Bischof war beteiligt an der Erarbeitung des gesamten Projektdesigns. Walter J. Fend war hauptverantwortlich für die Mitauswahl und Koordination der Peer-Review und der für die einzelnen Länder zuständigen Autorinnen und Autoren. Karin Stögner hatte, im Rahmen ihrer Mitverantwortung für das gesamte Projekt, die Verantwortung für die redaktionelle Betreuung der einzelnen Beiträge und deren Verfasserinnen und Verfasser. Alle Autorinnen und Autoren waren eingeladen, ihre Beiträge vor der Publikation des Buchs noch einmal zu überarbeiten, darauf sind die meisten eingegangen.

Die Perspektive des Buches ist gegenüber dem Projektbericht in einem weiteren Kontext zu sehen: Durch den Beitritt Kroatiens zur Europäischen Union ist nun fast der gesamte Raum Österreich-Ungarns Teil der EU geworden. Von den Ländern und Territorien, die 1914 von Wien und Budapest aus regiert wurden, sind nunmehr nur Bosnien-Herzegowina, die Vojvodina und der heute ukrainische Teil Österreich-Galiziens nicht in einer Union, die in einem bundesstaatlichen Ansatz die Staaten verbindet, die zwischen 1918 und 1989/91 so unterschiedliche und zumeist von Schrecken bestimmte Erfahrungen machen mussten.

Dass dieser bundesstaatliche Ansatz unvollendet ist, ist auch Teil der Krisen, die das vereinigte Europa immer wieder durchlebt; Krisen, die von der Union immer wieder spät und oft nicht überzeugend beantwortet werden. Kern dieser Krisenphänomene ist, dass die Balance zwischen den Kompetenzen der Union und den Kompetenzen der Mitgliedsstaaten nur zu oft verschieden definiert

wird. Auf der einen Seite steht das Beharren auf nationalstaatlicher Souveränität – und auf der anderen das Herausstreichen der Notwendigkeit, die Zuständigkeit des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission zu stärken, nötigenfalls auch gegenüber den im EU-Rat vertretenen Regierungen der Mitgliedsstaaten.

Diese Gegenläufigkeit der Wahrnehmung, was die Einigung Europas letztlich zu bedeuten hat, betrifft auch und gerade den zentraleuropäischen Raum. Dieser ist ja schon durch die Gegenläufigkeit der nationalen Erfahrungen der letzten hundert Jahre geprägt: Revisionismus und Anti-Revisionismus in den beiden Jahrzehnten nach dem Ende des Ersten Weltkrieges, unterschiedlich tiefe Katastrophen im Zuge des Zweiten Weltkriegs und dann die Teilung Europas in eine von der UdSSR diktierte Einflusszone und eine, in der die liberale Demokratie sich entwickeln konnte.

Diese unterschiedlichen Erfahrungen der Geschichte machen auch verständlich, dass die Erweiterung der Europäischen Union nur ansatzweise eine mitteleuropäische Dimension hat. Zwar haben sich die in mehrfacher Hinsicht „westlichsten“ der vormals kommunistischen Staaten zur Visegrád-Gruppe zusammengeschlossen. Aber deren Gemeinsamkeiten sind innerhalb der Union kaum erkennbar – und erst recht nicht, wenn man berücksichtigt, dass weder Österreich, noch Slowenien, noch Kroatien dieser losen Staatengruppe angehören. Während innerhalb der Union so etwas wie ein Benelux-Block oder eine nordische Staatengruppe existieren, ist im Auftreten der mitteleuropäischen Staaten noch immer die Trennlinie erkennbar, die nach 1918 und vor allem nach 1945 entstanden ist: Die Staaten, die unter dem Diktat Moskaus dem Warschauer Pakt anzugehören hatten – eben die Visegrád-Gruppe, die Staaten, die Teil des blockfreien, aber kommunistischen Jugoslawien waren, und das durch die Gnade der Geopolitik zwar neutrale, aber schon 1945 sich als liberale Demokratie entwickelnde Österreich haben zu keiner erkennbaren mitteleuropäischen Gemeinsamkeit gefunden.

Das darf nicht wirklich verwundern: Unterschiedliche ökonomische Entwicklungsstufen schaffen ebenso unterschiedliche Interessen wie unterschiedliche geopolitische Betroffenheiten – wie etwa unmittelbare Nachbarschaft oder geografische Distanz zur Ukraine. Mitteleuropa, zumindest potenziell eine „Subregion“ innerhalb der EU (Luif 2015, 281–283), hat sich nur ansatzweise zu einem Akteur innerhalb der Union entwickelt, der sich zwischen die staatliche und die EU-Ebene schieben würde.

Doch die auffallende Unterentwicklung des europäischen Potenzials Mitteleuropas hat offenkundig auch mit den Gegenläufigkeiten der Geschichte des 20. Jahrhunderts zu tun. Das Verhalten der UdSSR vor, während und unmittelbar

nach dem Zweiten Weltkrieg wird, ja muss geradezu in der polnischen Wahrnehmung anders bewertet werden als in der Wahrnehmung der Tschechoslowakei. Und das Festhalten an den bzw. die Wiederherstellung der Trianon-Grenzen 1945 muss in der ungarischen Sicht eine andere Bewertung erfahren als in der slowakischen oder rumänischen oder auch serbischen. Die nationale Sicht des 20. Jahrhunderts verhindert oder behindert zumindest eine gemeinsame Sicht auf Mitteleuropa.

Die politische Wirklichkeit Mitteleuropas innerhalb der Europäischen Union bestärkt die Sicht, dass es sich nur um eine „imaginierte“ Einheit handelt; ein Konstrukt, das sich – jenseits nostalgischer Elemente – als „Emanzipationsinstrument“ gegenüber den Großmachtgelüsten eignete, die aus Berlin und Moskau kamen, insbesondere auch als Instrument, sich vom Diktat der UdSSR freizumachen (Gehler 2015, 426f.) Es ist natürlich kein Zufall, dass die Visegrád-Gruppe auf die Initiative der Dissidenten in der Spätphase kommunistischer Diktatur zurückging – auf Václav Havel, Lech Wałęsa, Arpad Göncz. So entstand, unter teils mythischer Überhöhung eines Emanzipationsprozesses gegenüber der Zentrale in Moskau, eine teils berechnete, teils überinterpretierte Heroengeschichte – überinterpretiert, weil ja die Politik Michael Gorbatschows und seine Aufkündigung der „Breschnew-Doktrin“ den polnischen Dominostein fallen ließen – die Wahlen vom Juni 1989 und damit das Fallen der anderen Domino-Steine (Brown 1996).

Von dieser Erfahrung der ursprünglich drei, inzwischen vier Visegrád-Staaten waren die Nachfolgestaaten Jugoslawiens frei. Was in Warschau und Budapest und letztlich, mit signifikanter Verspätung, auch in Prag friedlich an den „runden Tischen“ ausgehandelt wurde, das war nicht die Transformation, die Rumänien und erst recht nicht Jugoslawien durchzumachen hatten. In Polen, Ungarn und der ČSSR erfolgte der Übergang zur Demokratie letztlich gewaltfrei. In Rumänien erfolgte er unter den Rahmenbedingungen einer Gewaltexplosion. Und in Jugoslawien brachte die Transformation zunächst die Demokratisierung der Republiken – und dann, im Gefolge des Übergangs zur Demokratie, die schrecklichsten Kriege, die Europa nach 1945 erlebt hatte (Sebestyen 2009, insbes. 20f.).

Die Visegrád-Staaten, anders als Jugoslawien und teilweise anders als Rumänien, standen Mitte der 1980er-Jahre unter dem direkten Diktat Moskaus. Und das sollte sich nun teilweise als Segen herausstellen – das Loslassen Gorbatschows, sein Rückzug von den imperialen Ansprüchen Stalins, Chruschtschows, Breschnews erlaubten eine Freizügigkeit, die im spätstalinistischen Rumänien, das sich vom Moskauer Zentrum teilweise distanziert hatte, ebenso wenig möglich war wie eine gewaltfreie Transformation in dem von den nun-

mehr unter demokratischen Vorzeichen freigesetzten, mörderischen Nationalismen im „blockfreien“ Jugoslawien.

Und Österreich, das sich gerne als „Kernland“ Mitteleuropas versteht? Das hatte sich – begünstigt durch den Umstand einer auch als Befreiung definierten Besetzung durch alle Alliierten, begünstigt auch durch die ökonomische Unterstützung der USA (Marshall-Plan) – vom Schicksal des übrigen Mitteleuropa verabschiedet. Als sich etwa vor allem in der polnischen Solidarność-Bewegung ab 1980 erste Zeichen der Auflösung des Poststalinismus zeigten, versuchten manche in Österreich, dies als Chance für eine aktive Mitteleuropa-Politik zu deuten – auch unter dem zu Missverständnissen einladenden Begriff einer „Rückkehr der Geschichte“ (Brix 2015, 388–390). Doch diese Interpretation wurde nie Teil der österreichischen Politik insgesamt: Zu sehr stand dem eine Habsburg-Nostalgie im Wege, die manche zu forcieren schienen, andere wiederum fürchteten. Überdies konnte Österreichs Engagement in den (anderen) Staaten Mitteleuropas leicht als die Rolle eines Oberlehrers der Demokratie missverstanden werden, der noch immer zu meinen schien, dass Wien der Nabel Mitteleuropas wäre.

Das Ende der kommunistischen Diktaturen bedeutete auch das Ende einer letztlich verbindenden Gemeinsamkeit für die Staaten Mitteleuropas – mit der Ausnahme Österreichs. Österreich war damit von vornherein von der Erfahrung ausgeschlossen, die das übrige Mitteleuropa verband. Ein, ja das beherrschende Narrativ der EU-Integration der vormals kommunistischen Staaten Mitteleuropas war die „Rückkehr nach Europa“ (Rupnik 2004) – ein Narrativ, das auf einem Missverständnis beruhte, da sich ja das Europa der Union als ein neues Europa verstand, in das daher auch niemand „zurückkehren“ konnte. Dieses Narrativ ersetzte letztlich nicht die Gemeinsamkeit, die durch kommunistische Diktatur und Breschnew-Doktrin herbeigezwungen worden war. Es förderte vielmehr eine tendenziell unkritische Sicht der nationalen Geschichte vor dem Beginn der kommunistischen Diktatur (Dujisin 2015). Und es stärkte die Lust an den kleinen Unterschieden – es stärkte die Neigung, das spezifisch Ungarische an Ungarn, das spezifisch Polnische an Polen, das spezifisch Kroatische an Kroatien hervorzukehren; es förderte den Narzissmus der nationalen Differenz (Cannadine 2013).

Das alles steht auch, bald drei Jahrzehnte, nachdem die Demokratisierung in den kommunistischen Staaten Europas durch ein zunächst nur zögerlich wahrgenommenes „grünes Licht“ aus Moskau begonnen hatte, einer gesamteuropäisch transnationalen und auch einer mitteleuropäisch transnationalen Wahrnehmung der Geschichte im Wege. Die Transformationsgeschichten mit dem realen Heroismus in Gdansk und Timișoara werden tendenziell nicht (mittel-)

europäisch, sie werden national gedeutet. Die sowjetische Hegemonie wird nicht nur und vielleicht auch weniger als Demokratieverbot, sie wird vor allem als Fremdherrschaft, als Unterbindung nationaler Souveränität verstanden. Die natürlich verständliche Lust an der Herstellung nationaler Souveränität reibt sich aber mit einer transnationalen Wahrnehmung der Geschichte – und damit an einer mitteleuropäischen Sicht der Entwicklungen im schrecklichen 20. Jahrhundert.

## Literatur

- Cannadine, David (2013). *The Undivided Past. Humanity beyond differences*, New York (A. Knopf).
- Brix, Emil (2015). Mittleuropa als Herausforderung, in: Gehler/Luif/Vyslonzil, 377–395.
- Brown, Archie (1996). *The Gorbachev Factor*, Oxford (Oxford University Press).
- Dujisin, Zoltán (2015). Post-Communist Europe. On the Path to a Regional Regime of Remembrance?, in: Kopecek/Wcislik, 551–586.
- Gehler, Michael (2015). Reale Vielfalt in imaginiertes Einheit: „Mittleuropa“ in Geschichte und Gegenwart, in: Gehler/Luif/Vyslonzil, 415–449.
- Gehler, Michael/Luif, Paul/Vyslonzil, Elisabeth (2015) (Hg.). *Die Dimension Mittleuropa in der Europäischen Gemeinschaft. Geschichte und Gegenwart*, Hildesheim (Olms).
- Kopecek, Michal/Wcislik, Piotr (2015) (eds.). *Thinking through Transition. Liberal Democracy, Authoritarian Past, and Intellectual History in East Central Europe After 1989*, Budapest, New York (CEU Press).
- Luif, Paul (2015). Mittleuropa und Österreich in der EU, in: Gehler/Luif/Vyslonzil, 279–315.
- Rupnik, Jacques (2004) (ed.). *Les Européens face à l'élargissement. Perceptions, acteurs, enjeux*. Paris (Presse de la fondation nationale des sciences politiques).
- Sebestyen, Victor (2009). *Revolution 1989. The Fall of the Soviet Empire*, New York (Pantheon).

## Einleitung

Vor dem Hintergrund der umfassenden politischen Neuordnungen des mitteleuropäischen Raums im Lauf des 20. Jahrhunderts und den europäischen Integrationsbestrebungen ist es das Anliegen dieses Geschichtsbuchs Mitteleuropas, die historische, soziale, kulturelle, politische und ökonomische Ausgangsbasis für ausgewählte Länder Mitteleuropas nachzuzeichnen.

### **Nation, nationale Narrative und die Gefahr des „methodischen Nationalismus“**

Von der Anschauung, Nationen läge eine natürliche Substanz zugrunde, distanzieren sich nach 1945 die Mehrheit der ForscherInnen im Themenfeld Nation und Nationalismus (vgl. u. a. Hroch 2005, 16). Ein zentraler Bezugspunkt des konstruktivistischen Verständnisses wurde schließlich die Konzeption der „vorgestellten Nation“ (imagined community) von Benedict Anderson (1998[1983]). Die Nation beruht demnach auf der Möglichkeit, „die Nation vorzustellen“ (ebd., 37), wobei sich diese Möglichkeit keinesfalls beliebig, sondern nur unter bestimmten historischen Umständen entwickeln konnte (ebd.).

Dennoch bleibt, wie Rogers Brubaker konstatiert, auch nach einem Vierteljahrhundert konstruktivistischer Theorie eine hartnäckige Tendenz zu konstatieren „to take bounded groups as fundamental units of analysis (and basic constituents of the social world)“ (Brubaker 2004, 2–3).

Das Nationale zu fokussieren und nationale Narrative nachzuzeichnen, erweist sich in diesem Sinn immer auch als eine Gratwanderung: Einerseits ist es im Sinne sozialwissenschaftlicher und historischer Analyse notwendig, der Tatsache Rechnung zu tragen, dass das Konzept der Nation, mithin nationale Narrative sowie die damit verbundene Vorstellung von geschlossenen ethnischen, nationalen Gruppen (nach Brubaker: „bounded groups“), tiefgreifend die Gesellschaft geprägt haben. Andererseits besteht die Gefahr, durch diesen Fokus das Konzept zu reifizieren und zu verfestigen. Diese Problematik wird in den letzten Jahren unter anderem in der sozialwissenschaftlichen Debatte um den „methodischen Nationalismus“ und dessen Kritik (vgl. dazu etwa Wimmer/

Glick-Schiller 2002; Beck/Sznaider 2006; Chernilo 2006; Sassen 2006) ausführlich thematisiert. Ein Kernpunkt ist, erkenntnistheoretische, methodische und interpretative Engführungen in der Perspektive auf das Nationale aufzubrechen. Den methodologischen Nationalismus zu überwinden bedeutet, die implizite Gleichsetzung von Nationalstaat und Gesellschaft aufzuheben (Beck/Sznaider 2006, 3), der Annahme, der Nationalstaat sei die natürliche soziale und politische Form der modernen Welt entgegenzutreten (Wimmer/Glick-Schiller 2006, 301), das Nationale zu „denationalisieren“ (Sassen 2006, 2) oder zu „denaturalisieren“ (Chernilo 2006, 13).

Vor dem Hintergrund der Feststellung, dass historisch nicht zuletzt die Gesellschaftstheorie (bzw. darin dominante Strömungen) selbst zur Mystifizierung der Nation und deren zentralem Stellenwert beigetragen haben, werden in dieser theoretischen Debatte unterschiedliche „Fallstricke“ des methodischen Nationalismus und mögliche Auswege daraus skizziert und diskutiert. Als zwei Fallstricke – die für die Fragestellung des vorliegenden Bandes von Bedeutung sind – erweisen sich 1. die Tendenz, übernationale Verwobenheiten und Interdependenzen zu verdecken, und 2., die Kontingenz, Ambivalenz und Brüchigkeit des Nationalen und nationaler Narrative auszublenden. Je nach theoretischem Zugang und Begrifflichkeiten firmiert das Übernationale dabei als „das Globale“ (Sassen), „das Kosmopolitische“ (Beck/Sznaider), „das Transnationale“ (Wimmer/Glick-Schiller) oder „das Postnationale“ (Habermas).

Erstens ergibt sich daraus grosso modo der Anspruch, übernationale (politische, kulturelle, ökonomische) Verwobenheiten und Interdependenzen sichtbar zu machen, und zwar – zumindest einigen AutorInnen zufolge – sowohl aktuelle als auch historische: Das Nationale einerseits und das Übernationale (das Globale, Kosmopolitische etc.) andererseits sind demnach weder historisch noch aktuell als sich einander ausschließende Konstrukte, als Oppositionen zu erfassen, sondern vielmehr als sich wandelnde, komplexe Interdependenzen (Sassen 2006, 21) bzw. in ihrer Ko-Entwicklung (Chernilo 2006, 16; vgl. auch Delanty 2005).

Zweitens folgt aus der Analyse des methodischen Nationalismus die Aufgabenstellung, entgegen der nationalen Rhetorik der Stärke und Stabilität historische Kontingenzen und Ambivalenzen aufzuzeigen. De facto sind bei eingehender Betrachtung meist mehrere Narrative aufzuspüren, die teils in Konkurrenz zueinander stehen, sich teils ergänzen oder auch im Lauf der Zeit marginalisiert werden und an Bedeutung verlieren. Im Rahmen eines Überblicks über mehrere nationale Narrative ist es zwar kaum möglich, auf marginalisierte Narrative ausführlich einzugehen. Ein Anliegen dieses Bandes ist es aber, einen differenzierten Blick auf die Entwicklung und Verfestigung dominanter und be-

ständiger nationaler Narrative zu werfen, dabei Kontingenzen, Brüche und Ambivalenzen aufzuzeigen und gleichzeitig die Möglichkeit zu eröffnen, diese nationalen Narrative zueinander in Beziehung zu setzen, einen umfassenderen Blick auf eine Region – Mitteleuropa – zu fördern, der auch wechselseitige Bezüge, Interdependenzen und Ähnlichkeiten erkennen lässt.

Der Gefahr, dabei homogenisierende und naturalisierende Verständnisse des Nationalen zu reproduzieren, war leider unter anderem aufgrund der Pluralität der theoretischen Zugänge der AutorInnen in diesem Band nicht ganz zu entkommen. Manche Beiträge teilen deutlich erkennbar nicht Verständnis und Anliegen der HerausgeberInnen, den Konstruktionscharakter nationaler Narrative zu betonen und transnationale Zusammenhänge herzustellen.

### **Nationale Narrative und Minderheiten**

Bruchstellen und Ambivalenzen weisen nationale Narrative vielfach dort auf, wo es um die Frage von Inklusion und Exklusion bestimmter Gruppen innerhalb und außerhalb der Nation und ihres Territoriums geht. Eine Querschnittsmaterie des Geschichtsbuches Mitteleuropa ist daher die Frage nach dem nationalen Narrativ im Verhältnis zur Stellung von unterschiedlichen sprachlich, ethnisch oder religiös definierten Minderheiten, wobei insbesondere am Beispiel des Antisemitismus auch transnationale Muster im Umgang mit Minoritäten deutlich werden.

Nationale Narrative neigen dazu, Minderheiten unter einem etatistischen Gesichtspunkt zu sehen: Minderheiten – vor allem dann, wenn sie die reale oder auch nur eingebildete Unterstützung eines sie schützen wollenden „kin states“ haben – werden als Gefahr für die Geschlossenheit des sich über eine konstruierte Nation definierenden Staates gesehen. Dabei folgen die Narrative einer „Ethnisierung“ von Identitäten – und auch die Antwort auf die Dominanz von bestimmten Nationen (oder Nationalitäten) ist die Ethnisierung einer sich bedrängt fühlenden Minderheit. Die Ethnisierung jüdischer Identität und deren Weiterführung in Richtung Zionismus ist ja auch die Antwort auf die Ethnisierung von hegemonialer Mehrheit durch die Ethnisierung einer nicht oder zumindest nicht voll akzeptierten Minderheit.

Gleichzeitig ist jedoch aus der engen Verzahnung von Nationalismus und Antisemitismus bereits im 19. Jahrhundert zu erkennen, dass gerade solche Minderheiten, die keinen „kin state“ zu ihrem Schutz aufzubieten haben, besonderer Diskriminierung und Anfeindung ausgesetzt sein können (Vgl. Clausen 1994; Holz 2001; Massing 1959; Volkov 2001). In einem Zeitalter, in dem alle

nach ihrer Nationszugehörigkeit eingeordnet und verwaltet werden, erregen Minderheiten, deren Nationszugehörigkeit nicht eindeutig ist, besonderes Unbehagen auch aufseiten derer, die sich ihrer eigenen widerspruchslosen Nationalität beständig selbst versichern müssen. Hier artikuliert sich quasi negativ die Brüchigkeit des homogenisierenden Nationskonzepts. Juden und Jüdinnen wurde in der Ära der Entwicklung der Nationalstaaten in Europa häufig der Status einer eigenen Nation abgesprochen. Verstärkt wurde dies noch durch die breite Streuung der jüdischen Bevölkerung über die Regionen und Länder Europas hinweg, was den Eindruck, Juden und Jüdinnen würden nicht ins Konzept des Nationalen passen, sondern im Gegenteil den Internationalismus inkarnieren, noch verstärkte. Aus dem Internationalismus und Kosmopolitismus erwuchs sodann der Vorwurf antinationaler Gesinnung, mit dem Juden und Jüdinnen in unterschiedlichem Ausmaß in allen europäischen Nationalstaaten konfrontiert waren. Der Zionismus als Selbstermächtigung und Selbstversicherung als Nation ist durchaus auch als Antwort auf diese europäische Entwicklung zu verstehen.

In diesem Zusammenhang ist die Rolle der Minderheit der Roma zu erwähnen: Das Fehlen eines „kin states“, der im Namen dieser Minderheit agieren und als potenzielle Schutzmacht auftreten könnte, und das Fehlen eines dem Zionismus vergleichbaren potenziellen Staatlichkeitskonzepts hängt kausal zusammen – sowohl mit dem schon in der Literatur beschriebenen „underdog“-Status der Roma in allen Staaten und Regionen Mitteleuropas (z. B. Andric 1953), unter allen Systemen, als auch der in den nationalen Narrativen feststellbaren Tendenz, die Betroffenheit der Roma nur als Randphänomen wahrzunehmen. Die Rolle der Deutschen in Polen oder der Ungarn in der Slowakei – diese in Erinnerung zu rufen wird durch die „kin states“ und die damit verbundene Etatisierung in Form zumindest latenter zwischenstaatlicher Konflikte erzwungen. Eine analoge Notwendigkeit fehlt bezüglich der Roma.

## **Gender**

Dass das Nationale auch auf die ihm zugrunde liegenden Geschlechterverhältnisse hin reflektiert wird, ist eine eher jüngere Entwicklung in der Forschung zu Nation und Nationalismus (vgl. dazu u.a. Walby 2006, 118). Zu berücksichtigen wären Geschlechterverhältnisse auf allen Ebenen, von der Ebene sozialer und kollektiver Identitäten, für die Gender eine zentrale Rolle spielt (Yuval-Davis 1997, 39) und die sich wesentlich auch in nationalen Narrativen widerspiegeln, sowie der Akteursebene über die soziostrukturelle bis hin zur

symbolischen Ebene. Dieses Forschungsdesiderat ist jedoch im Rahmen des Bandes nur marginal berücksichtigt, was auch Rückschlüsse dahingehend erlaubt, dass Gender im betreffenden Forschungsfeld vielfach noch einen blinden Fleck darstellt.

## **Mitteleuropa-Idee und EU**

Es fällt auf, dass in den sieben nationalen Narrativen die europäische Dimension insgesamt keinen zentralen Stellenwert einzunehmen scheint. Dass die Definition konkreter Staaten in konkreten Grenzen im Zusammenhang mit dem Ende des durch Österreich-Ungarn definierten Mitteleuropa nach wie vor seine Bedeutung hat – alle sieben Staaten sind ja auch und zuallererst ein Produkt der Ordnung der Pariser Verträge – wirkt offenbar nicht als Aufforderung, die Gemeinsamkeiten und gemeinsamen Gegenläufigkeiten vor 1918 zum Teil der nationalen Narrative zu machen. Österreich-Ungarn und, damit verbunden, Mitteleuropa gleicht eher einem „defining other“, dessen Untergang von der nationalen Geschichte als Punkt Alpha verstanden wird – und nicht als eine Summe von Erfahrungen, von denen die Gestaltung Mitteleuropas speziell und Europas generell profitieren könnte.

## **Internationale Beziehungen und Allianzen in Mittel- und Osteuropa**

Die in Friedens- und Staatsverträgen festgeschriebenen Ergebnisse des Ersten Weltkriegs haben weitreichende Internationalisierungen bewirkt. Die bloße Existenz Polens, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens war abhängig von einer antirevisionistischen Allianz, die diese Staaten mit der Entente verband; und auch das Wiedererstehen dieser Staaten unter teilweise (im Fall Polens auch dramatischen territorialen) neuen Rahmenbedingungen, 1945, war einer internationalen Konstellation zu verdanken, die der von 1918 teilweise ähnlich war. Dass die postkommunistischen Staaten des Raumes nach 1989 sehr rasch (und effektiv) die Mitgliedschaft sowohl in der NATO (und damit die Allianz mit den USA) als auch die in der EU anstrebten, spricht für ein jedenfalls historisch nachvollziehbares Denken in Sicherheitszonen.

Ein mitteleuropäisches Geschichtsbuch muss über die nationalen Narrative hinaus, die diese internationale Komponente oft in den Hintergrund schieben, die europäische und die globale Dimension berücksichtigen. Gerade die zwin-

gende geopolitische Natur eines von unmittelbaren Instrumentalisierungen unabhängigen Begriffes von Mitteleuropa – als eines Raumes zwischen Großmachtansprüchen – wirft die Frage auf, innerhalb welcher expliziter oder impliziter Allianzen die historische Selbstständigkeit der Nationen gesichert erscheint. Dass die Mitgliedschaft in einer auch supranationale Züge aufweisenden Gemeinschaft wie der EU in einem Spannungsfeld mit der (im Falle der postkommunistischen Staaten) wiedererrungen oder (im Falle Österreichs) neu konstruierten nationalen Souveränität steht, sollte der in den 1990er-Jahren den mitteleuropäischen Raum so verbindenden EU-Orientierung eigentlich einen zentralen Stellenwert in den nationalen Narrativen einräumen. Dass dieser Stellenwert nicht oder nur sekundär wahrgenommen wird, zeigt eine Ungleichzeitigkeit auf: Die Renaissance nationaler Narrative ist mit der Europäisierung der nationalen Politik kaum verbunden.

### **Vergangenheitspolitik und Erinnerungsdiskurse in Mittel- und Osteuropa**

Die nationalen Narrative Mitteleuropas konkurrieren um die Opferrolle. Dies weist weit in die Geschichte zurück. Das Amselfeld, Mohács und der Weiße Berg sind über die Jahrhunderte festgeschriebene Erinnerungen an als nationale Katastrophen empfundene Ereignisse. Im 20. Jahrhundert kommen Trianon (mit Bezug auf Ungarn) und München (mit Bezug auf die Tschechoslowakei) ähnliche Funktionen zu – zur Fixierung eines als zutiefst ungerecht empfundenen Diktats durch ... ja, durch wen?

Die Bedeutung von Trianon und München zeigt auch, dass die nationalen Opfernarrative einer mitteleuropäischen, geschweige denn einer gesamteuropäischen Sicht entgegenstehen. Die 1918 entstandene Tschechoslowakei wurde auch durch den Vertrag von Trianon definiert; dieser hat also für das tschechische und insbesondere slowakische Narrativ einen ganz anderen, eben vor allem positiven Stellenwert als für das ungarische Narrativ. München wiederum als der durch ein Diktat begonnene Anfang vom Ende der Tschechoslowakei ist für die ungarische Perspektive der Anfang vom Ende des Unrechts von Trianon, eines Unrechts, das durch die Fixierung der Grenzen nach 1945 im Sinne des Vertrages von 1920 wieder bestätigt wurde.

Die Wahrnehmung der Geschichte als eine Abfolge nationaler Opfertgänge lädt zur Bildung von Verschwörungstheorien ein. Dass die Verhandlungserfolge der Tschechoslowakei (und damit verbunden die Misserfolge vor allem Österreichs und Ungarns) vor allem an geopolitischen Interessen der Großmächte

und auch am Verhandlungsgeschick und bereits erworbenen Prestige Tomás Masaryks lagen (MacMillan 2003, 229–242), scheint manchmal weniger zu überzeugen als das Konstrukt einer nur zu oft von antisemitischen Bezügen angereicherten Verschwörung.

An der Konstellation Ungarn und Tschechoslowakei, mit den entsprechenden Verträgen von Trianon und München, ergibt sich auch, dass Opferdiskurse, so universal sie die nationalen Narrative der Länder in Mitteleuropa auch prägen mögen, doch vor recht unterschiedlichem politischen Hintergrund verlaufen, was mittelbar auch Auswirkungen auf das nationale Narrativ selbst hat. Während Ungarn in seinem Großmachtstreben durch die Verträge von Trianon gedemütigt wurde, fiel dem Münchner Abkommen die demokratische Ordnung der Tschechoslowakei zum Opfer. Dies spielt auch im Stellenwert von demokratischen Werten innerhalb des nationalen Narrativs eine bedeutende Rolle. So mythisiert diese in der Tschechoslowakei auch sein mögen, verrät ihre zentrale Rolle doch vieles darüber, woran der Opferstatus gebunden wird.

Wieder anders gelagert ist der Opferdiskurs in Österreich, hier hat er eine lange Tradition mit unterschiedlicher Ausprägung: Das Gefühl des Unrechts nach den Verträgen von Saint-Germain 1919 trat nach 1945 nur noch insofern in den Vordergrund, als damit (auch einseitig) der Niedergang der 1. Republik erklärt wurde. Der Anschluss Österreichs an Nazi-Deutschland wurde ebenfalls in dieses Opferkontinuum eingeordnet. Nach 1945 stand jedoch das Narrativ Österreichs als „erstes Opfer Hitlers“ im Vordergrund, an dem sodann ein ganzes Identitätskonstrukt angehängt werden konnte.

## **Zur Struktur des Geschichtsbuchs Mitteleuropa**

Dieser Band ist in zwei Abschnitte unterteilt. Der erste Abschnitt dieses Buches besteht aus vier länderübergreifenden Studien zu nationalen Narrativen in den behandelten Ländern, die jeweils periodisch eingegrenzt sind. Es handelt sich dabei um eine umfassende Synopse, welche die folgenden nationalen Einzelstudien in einen komparativen Zusammenhang bringt, wobei nach folgenden Zeitabschnitten differenziert wird:

- Fin de Siècle bis zum Ersten Weltkrieg
- Die Zwischenkriegszeit und der Zweite Weltkrieg
- Die Nachkriegsperiode bis zum Ende des Kalten Krieges
- Die Periode nach dem Zerfall des Ostblocks bis zur Gegenwart

Es werden Gemeinsamkeiten spezifisch nationaler Narrative aufgezeigt, etwa die Identitätsgewinnung aus nationalen Katastrophen, der Konnex mit re-

ligiös begründeter Identitätsstiftung. Weiters wird dargestellt, inwieweit transnationale Europavorstellungen als Stärkung oder als Schwächung nationaler Identität aufgefasst werden, etwa mit dem Konzept nationaler Identität. Die in den ausgewählten Ländern vorherrschenden Geschichtsbilder werden gesellschaftlich und politisch kontextualisiert. Ein wesentlicher Punkt in diesem Abschnitt sind Opferdiskurse verschiedenster Art.

Ebenfalls in den ersten Abschnitt aufgenommen wurde ein weiterer komparativer Beitrag über die Jüdinnen und Juden der Habsburgermonarchie und ihrer Nachfolgestaaten. Dieser skizziert im Einzelnen das jüdische Erbe der mitteleuropäischen Staaten vor dem Hintergrund der historischen Entwicklungen in der Monarchie, die für die jüdische Minderheit sowohl teils schrittweise Emanzipation als auch Verfolgung und Diskriminierung bedeuteten, sowie vor dem Hintergrund der Shoah. Ein weiterer Beitrag fokussiert in historischer Perspektive den Umgang von Wien mit seiner Migration und macht dabei sowohl die ängstlich-xenophobe als auch die weltoffene Schlagseite dieses Umgangs deutlich.

Der zweite Abschnitt des Buches umfasst schließlich nationale Einzelstudien zu Tschechien, zur Slowakei, zu Ungarn, Slowenien, Kroatien, Polen und Österreich. International renommierte Autoren und Autorinnen aus den jeweiligen Ländern wurden mittels eines mehrstufigen Peer-review-Verfahrens eingeladen, zu diesem Geschichtsbuch Mitteleuropa beizutragen. Auf jeweils unterschiedliche Weise nähern sich die Autoren und Autorinnen der Vorgabe an, nach vier Epochen des 20. Jahrhunderts gegliedert die Besonderheiten der nationalen Narrative herauszuarbeiten. Jeder Länderstudie sind Anmerkungen des für die Herausgabe der Publikation verantwortlichen Teams des Instituts für Konfliktforschung vorangestellt.

## Literatur

- Anderson, Benedict (1998[1983]). Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts, Frankfurt a. M.
- Andric, Ivo (1953). Die Brücke über die Drina, Neuauflage 2011, Wien.
- Beck, Ulrich/Natan Sznajder (2006). Unpacking cosmopolitanism for the social sciences: a research agenda, in: *The British Journal of Sociology*, Vol. 57(1), 1–23.
- Brubaker, Rogers (2006). *Ethnicity without groups*, Cambridge, Mass., London.
- Chernilo, Daniel (2006). Social Theory's Methodological Nationalism: Myth and Reality, in: *European Journal of Social Theory*, Vol. 9(5), 5–22.
- Clausen, Detlev (1994). Grenzen der Aufklärung. Die gesellschaftliche Genese des modernen Antisemitismus. Frankfurt a. M.
- Delanty, Gerard (2005). The Idea of Cosmopolitan Europe: On the Cultural Significance of Europeanization, in: *International Review of Sociology*, Vol. 15(3), 405–421.

- Holz, Klaus (2001). *Nationaler Antisemitismus. Wissenssoziologie einer Weltanschauung*. Hamburg.
- Hroch, Miroslav (2005). *Das Europa der Nationen. Die moderne Nationsbildung im europäischen Vergleich*, Göttingen.
- Machmillan, Margaret (2003). *Paris 1919. Six Months that changed the world*, New York.
- Massing, Paul W. (1959). *Vorgeschichte des politischen Antisemitismus*. Frankfurt a. M.
- Sassen, Saskia (2006). *Territory – Authority – Rights. From Medieval to Global Assemblages*, Princeton.
- Volkov, Shulamit (2001). *Das jüdische Projekt der Moderne. Zehn Essays*. München.
- Walby, Silvia (2006). *Gender Approaches to Nations and Nationalism*, in: Gerard Delanty/Krishan Kumar (eds.), *The Sage Handbook of Nation and Nationalism*, London, Thousand Oakes, New Delhi, 118–128.
- Wimmer, Andreas/Nina Glick-Schiller (2002). *Methodological nationalism and beyond: nation-state building, migration and the social sciences*, in: *Global Networks*, Vol. 2(4), 301–334.
- Yuval-Davis, Nira (1997). *Gender and Nation*, London.

# **Vergleichende Studien**

---

Anton Pelinka

## **Fin de Siècle. Mitteleuropa vor und während des Ersten Weltkrieges**

### **1. Mitteleuropa – eine territoriale Definition**

Mitteleuropa ist ein Begriff, der den verschiedensten Definitionen offensteht. Für Gerhard Lehmbuch ist Mitteleuropa der Raum, der in der Mitte zwischen dem West- und dem Ostreich der Franken entstand – also Burgund und das Rheintal (Lehmbuch 1967). Im Sinne der heutigen politischen Geografie wären das die Schweiz und die Beneluxstaaten sowie die an den Rhein grenzenden Regionen Frankreichs und Deutschlands. Friedrich Naumann rechnete Mitteleuropa die einem im Ersten Weltkrieg siegreichen Deutschen Reich vorgelagerten Staaten im Osten zu, den Raum also zwischen Deutschland und einem geschwächten Russland (Naumann 1915). Lonnie Johnson wiederum sieht eine vor allem in den Narrativen westslawischer Staaten bevorzugten Begriff von „Central Europe“: einen Cluster kleinerer Staaten, die das „Unglück“ hatten (oder auch haben), zwischen den periodisch expandierenden Mächten Deutschland und Russland zu liegen (Johnson 1996, 7).

Diese Studie bezieht sich auf die politische Geografie des beginnenden 21. Jahrhunderts und sieht „Mitteleuropa“ als einen Raum von insgesamt sieben Staaten. Neben Kriterien, die auch durchaus den von Johnson angeführten entsprechen, zeichnen sich diese Staaten aber durch eine historische Gemeinsamkeit aus: Sie waren Teil des 1918 zerfallenden Österreich-Ungarn, also des Habsburgerreiches. Diese Definition gilt freilich für Polen nur eingeschränkt: Nur ein Teil des polnischen Staates von heute war – als „Galizien“ – bis 1918 österreichisch. Und nicht alle Teile Österreich-Ungarns sind von dieser Studie erfasst: nicht Rumänien, nicht die Ukraine, nicht Bosnien-Herzegowina, nicht Serbien, und nicht Italien. Die Studie konzentriert sich also auf einen Kern des Habsburgerreiches, das zwischen 1867 und 1918 sowohl von Wien als auch von Budapest aus regiert wurde.

Dieses Reich war eine sich entwickelnde Demokratie. Die Niederlage des spätabolutistisch regierten Österreich im Krieg von 1866 führte nicht nur zum

Dualismus, der 1867 – gemessen an der Lage davor – einem in weiten historischen Grenzen definierten Ungarn ein hohes Maß an Autonomie brachte. Das Reich wandelte sich auch in einen Verfassungsstaat um: Österreich und Ungarn wurden ab 1867 im Rahmen von Verfassungen regiert, die teilweise demokratische Züge aufwiesen – zwei Parlamente, die freilich auf einem eingeschränkten Wahlrecht basierten; zwei Regierungen, die diesen Parlamenten politisch nicht verantwortlich waren; und den für das gesamte Reich zuständigen, dem Kaiser und König verantwortlichen Ministerien des Äußeren, der Finanzen und des Krieges, deren Budgets auch nicht von den beiden Parlamenten, sondern von jeweils auszuhandelnden Vereinbarungen zwischen der Exekutive der beiden Reichshälften abhingen.

Die Beschränkungen des Wahlrechts entsprachen durchaus den Begrenzungen der Demokratie im Europa des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Frauen durften zu diesem Zeitpunkt in keinem Staat Europas wählen – erst der Erste Weltkrieg brachte einen entscheidenden Durchbruch für die politische Emanzipation der Frauen. Und dass die Regierungen in Wien und in Budapest nicht den Parlamenten, sondern nur dem Monarchen verantwortlich waren, war ebenfalls keine Besonderheit: Diese Begrenzung der Demokratie galt auch für das Deutsche Reich oder das Russische Reich.

Was die sich entwickelnde Demokratie Österreich-Ungarns besonders machte, war die Diffusität des Demos: Die anderen, ebenfalls nicht voll entwickelten Demokratien Europas bauten auf einem verhältnismäßig klaren Verständnis auf, was „das Volk“ ausmachte. Die deutsche und die italienische Eini-gung hatten, dem Vorbild Frankreichs folgend, die Vorstellung von der Existenz eines deutschen und eines italienischen Volkes zur Grundlage. Diese wurden als ethnisch-kulturell homogen definiert. Teile der Bevölkerung, die sich dieser Homogenität zu entziehen schienen – wie etwa die polnische Bevölkerung des Deutschen Reiches –, wurden als Minderheiten gesehen, die entweder zu tolerieren oder zu assimilieren wären.

Eine solche Vorstellung von Homogenität „des Volkes“ herrschte in Österreich-Ungarn nicht. Österreich-Ungarn war ein „Vielvölkerstaat“. Die ethnisch-kulturelle Vielfalt machte das Habsburgerreich per definitionem zu einer multikulturellen politischen Einheit. Kompliziert wurde diese Besonderheit noch dadurch, dass sich die beiden „Reichshälften“ verschieden verstanden: In Ungarn war die Vorstellung von einem zumindest tendenziell einheitlichen Nationalstaat vorherrschend. Nicht-Magyaren waren Minderheiten, die entweder mehr oder weniger toleriert wurden (wie etwa Kroaten) oder magyarisiert werden sollten (wie Slowaken, Rumänen, Serben). In Österreich, das sich bezeichnenderweise ja vorerst auch als die „Im Reichsrat vertretenen Königreiche

und Länder“ definierte, war das herrschende Verständnis ein ganz anderes: Österreich verstand sich – offiziell – als ein Zusammenschluss von „Nationalitäten“, von denen die relativ größte die „deutsche“ war und von denen keine sich „österreichisch“ nannte. Es war die österreichische Reichshälfte, in der das Konzept eines „Vielvölkerstaates“ umgesetzt werden sollte – ein Konzept, das auf die Entwicklung eines Bundesstaates hinauslief; ein Potenzial, das wegen der wachsenden Nationalismen, der abnehmenden Kompromissbereitschaft der „Nationalitäten“ letztlich ungenützt bleiben sollte. Und es war die ungarische Reichshälfte, deren politische Struktur auf eine nationale Hegemonie ausgelegt war – zu Lasten der nicht-magyarischen Teile der Bevölkerung.

Die beiden Reichshälften unterschieden sich somit prinzipiell in dem herrschenden Verständnis ihrer „Natur“; in dem, was „Demos“, was Volk war; und in der strukturell angelegten Logik. Diese lief in dem einen Fall auf die Festigung der Hegemonie der ungarischen Nation in der „transleithanischen“ Reichshälfte hinaus und im anderen Fall auf ein grundsätzlich gleichberechtigtes Mit- und Nebeneinander einer Vielzahl von Nationalitäten. Beide dieser höchst unterschiedlichen, ja gegenläufigen Logiken wurden letztlich nicht umgesetzt – als Folge sowohl interner als auch externer Faktoren.

Aufgabe der Studie war es auch, der Frage nachzugehen, ob und in welcher Form diese mitteleuropäische Gemeinsamkeit in den Narrativen der heute existierenden Nationalstaaten nachwirkt.

## **2. Österreich: ein uneingelöstes Versprechen**

Die österreichische Reichshälfte hatte ein Zentrum: Wien. Da Wien als deutsche Stadt verstanden wurde – eine Zuordnung, die sich gerade auch in der Politik des Bürgermeisters Karl Lueger manifestierte (Boyer 2010), war dieses Zentrum in einem Spannungsfeld mit den Subzentren der nicht deutschen Nationalitäten: mit Prag und Krakau, mit Triest und Lemberg und Lubljana. Die Betonung des „deutschen“ Charakters Wiens – besonders aggressiv durch die verschiedenen Schattierungen der Parteien und Gruppierungen des deutschnationalen Lagers, weniger aggressiv, aber dennoch deutlich durch die Christlichsozialen – stand in einem gewissen Widerspruch zum Anspruch Österreichs und zur Wirklichkeit der „Haupt- und Residenzstadt“ Wien: Österreich wollte ja nicht primär deutsch, Österreich wollte transnational sein; und Wien war um 1900 eine rasch wachsende Agglomeration, die sich vor allem wegen des Zuzugs aus den nicht deutschen Regionen Österreichs dynamisch entwickelte.

Gerade weil Wien um 1900 – gemessen an der Muttersprache der Bevölke-

rung der Stadt – weniger „deutsch“ war als ein halbes Jahrhundert davor, betonte der explizite Deutschnationalismus wie auch der implizite der Christlichsozialen, die ja in der Kommunalpolitik den Ton angaben, den „deutschen“ Charakter der Stadt. Das musste auf die nach Wien wandernden Tschechen und Italiener, Polen und Slowaken, Kroaten und Slowenen als Assimilierungsdruck wirken: Das multinationale, das multikulturelle Potenzial wurde durch die Realität Wiens konterkariert, behindert, schließlich weitgehend zerstört.

Dieser faktische Germanisierungsdruck, der in Wien herrschte, musste sich auf die multinationale, die multikulturelle Wirklichkeit der österreichischen Reichshälfte insgesamt auswirken. Wenn Wien deutsch war, dann sollte, ja musste Prag tschechisch sein – und Lemberg polnisch, Triest italienisch. Wenn Niederösterreich, der Großraum um Wien, von den nicht deutschsprechenden Bewohnern Assimilation erwartete, dann erwartete die tschechische Mehrheit in Prag die Anerkennung der Hegemonie des Tschechischen über das Deutsche – und die polnische Dominanz in Lemberg wurde gegen das Ruthenisch-Ukrainische verteidigt. Überall in Österreich, in den einzelnen Ländern und Regionen, standen nationale Hegemonieansprüche dem transnationalen Programm Österreichs entgegen.

In der österreichischen Reichshälfte war die Zugehörigkeit zu den Nationalitäten abhängig von der Muttersprache: Der deutschen Nationalität wurde zugerechnet, wer deutsch sprach, der tschechischen, wer Tschechisch zur Muttersprache hatte. Das galt ebenso für Italienisch und Slowenisch, Polnisch, Ruthenisch (Ukrainisch) und Rumänisch. Eine jüdische Nationalität war hingegen nicht vorgesehen. Von den Juden Österreichs wurde erwartet, dass sie sich – obwohl für viele die Muttersprache jiddisch war – einer der (anderen?) Nationalitäten zuordneten. Das reflektierte auch die Adaptions- und Assimilationserwartung, die von vielen der erst im Zuge der Reformen des aufgeklärten Absolutismus Josefs II. von der offiziellen Diskriminierung befreiten, emanzipierten Juden geteilt wurde.

In Verbindung mit einem vor allem durch Bildung vermittelten Prozess orientierten sich die österreichischen Jüdinnen und Juden an den regional dominierenden Sprachgruppen, also Nationalitäten. Dabei entwickelte sich rasch ein Muster, das die de facto gegebene Rangordnung der Sprachgruppen (Nationalitäten) spiegelte. Wie Ezra Mendelsohn in seiner Arbeit über jüdische Assimilation in Lemberg (Lviv, Lwów) analysierte, tendierte die jüdische Assimilation zur sprachlichen Anpassung an das Deutsche oder das Polnische, nicht aber an das Ruthenische (Ukrainische), das – als Mehrheitssprache im östlichen Galizien – als Sprache der sozial schwachen, vor allem ländlichen Bevölkerung galt (Mendelsohn 1982).

Das Assimilationsverhalten der österreichischen Juden führte dazu, dass sie sich mehrheitlich als Teil der deutschen Nationalität sahen. Der vorhandene Antisemitismus verhinderte freilich, dass sie von einem signifikanten Teil der Deutschen als solche akzeptiert wurden – wie dies auch für die sich polnisch oder tschechisch orientierenden Juden Österreichs galt. Ihre Selbstzuordnung, die durchaus im Einklang mit dem offiziell herrschenden Verständnis von Nationalität stand, wurde in einem Ausmaß zurückgewiesen, das auch noch durch die Biologisierung des Begriffes „jüdisch“ verstärkt wurde. Da im 19. Jahrhundert der religiös verstandene Begriff „Jude“ von einem pseudo-biologischen („Rasse“) abgelöst wurde, änderte auch eine konfessionelle Anpassung an die faktisch hegemonialen Strukturen nichts daran, dass Jüdischsein zu einem nicht veränderbaren Identitätsmerkmal wurde.

Es ist daher kein Zufall, dass der Beginn eines jüdischen Nationalbewusstseins in Form des Zionismus eng mit den Erfahrungen einer Zurückweisung des zur Assimilation bereiten Judentums in Österreich verbunden war – wobei diesbezüglich die Erfahrungen in der ungarischen Reichshälfte durchaus analog den Erfahrungen waren, die Menschen jüdischer Herkunft in „Cisleithanien“ machen mussten.

Eine nationale österreichische Identität existierte in der österreichischen Reichshälfte jedenfalls vor dem Ersten Weltkrieg nicht. Österreich wurde mit einer über den Nationalitäten stehenden Gemeinsamkeit gleichgesetzt, vor allem auch mit der Dynastie und deren Tradition. Österreich wurde deshalb auch zu einem Defensivbegriff: Die gesellschaftliche Dynamik schien die Zuordnung in Nationalitäten zu befördern. Österreich, das war auch schon um 1900 die Welt von gestern – eine Welt, in der noch immer der Hauch des Spätabsolutismus zu spüren war, an der die Moderne zunehmend vorbeiging.

Was Wunder, dass mit dem Untergang der Dynastie auch Österreich unterzugehen schien. Auch und gerade die österreichische Sozialdemokratie, die – grundsätzlich transnational orientiert – letztlich zum Ausdruck dieses sich gegen Österreich richtende Verständnisses von Moderne wurde. Die österreichische Sozialdemokratie konnte ihren übernationalen Anspruch nicht aufrechterhalten (Mommsen 1963, 339–450). Die Sozialdemokratie konnte so nicht zu einer Klammer werden, die den „Vielvölkerstaat“ zusammengehalten würde – anstelle des historisch im Abstieg begriffenen vor- bzw. frühmodernen, mit der Dynastie identifizierten Österreichbegriffs.

Österreich – insbesondere Wien – war vor 1914 zu einem Zentrum der Moderne geworden (Johnston 1982; Schorske 1980). Dieser kulturellen, wissenschaftlichen Moderne ging aber der gesellschaftliche Unterbau verloren. Das multikulturelle Potenzial zerfiel letztlich in national definierte Identitäten. Das